

Niederschrift

Gremium	Sitzung - StBV/049(VII)/23			
	Wochentag, Datum	Ort	Beginn	Ende
Ausschuss für Stadtentwicklung, Bauen und Verkehr	Donnerstag, 30.03.2023	Mensa - Baudezernat An der Steinkuhle 6 39128 Magdeburg	16:00 Uhr	21:00 Uhr

Tagesordnung:

Öffentliche Sitzung

Öffentliche Sitzung

- 1 Eröffnung der Sitzung und Feststellung der Beschlussfähigkeit
- 2 Bestätigung der Tagesordnung
- 3 Genehmigung der Niederschrift vom 02.03.2023
- 4 Einwohner*innenfragestunde
- 5 Anträge
 - 5.1 Sperrung der Hallischen Straße und Instandsetzung Westringbrücke A0012/23
Fraktion GRÜNE/future!
 - 5.1.1 Punkt 1-3
 - 5.1.2 Punkt 4

5.2	Verkehrstrennung bei der Sperrung der Hallesche Straße CDU-Ratsfraktion	A0035/23
6	Beschlussvorlagen	
6.1	Grundsatzbeschluss Gehwegsanierung Galileostraße Amt 66	DS0694/22
6.1.1	Grundsatzbeschluss Gehwegsanierung Galileostraße Amt 66	DS0694/22/1
6.2	Neufassung Baumschutzsatzung FB 67	DS0066/23
6.3	Aufstellung und öffentliche Auslegung des Entwurfs der 1. Änderung des einfachen Bebauungsplans Nr. 157-1 "Neustädter See" Amt 61	DS0710/22
6.4	1. Änderung und öffentliche Auslegung des Entwurfs des einfachen Bebauungsplans Nr. 136-2 "Kastanienstraße Nordseite" Amt 61	DS0039/23
6.5	1. Änderung und öffentliche Auslegung des Entwurfs des einfachen Bebauungsplans Nr. 137-1 "Hundisburger Straße" Amt 61	DS0040/23
6.6	Öffentliche Auslegung des Entwurfs des einfachen Bebauungsplans Nr. 201-1 "Nördlich Olvenstedter Platz/Albert-Vater-Straße" Amt 61	DS0022/23
6.7	Öffentliche Auslegung des 2. Entwurfs des einfachen Bebauungsplans Nr. 315-3 "Große Diesdorfer Straße/Liebnechtstraße" Amt 61	DS0023/23
6.8	Behandlung der Stellungnahmen (Zwischenabwägung) zum 1. Entwurf des Bebauungsplans Nr. 303-1 "Am Schroteanger 72- 76/Steinbergstraße" Amt 61	DS0471/22
6.9	Öffentliche Auslegung des 2. Entwurfs des Bebauungsplans Nr. 303-1 "Am Schroteanger 72-76/Steinbergstraße" Amt 61	DS0472/22
6.10	Behandlung der Stellungnahmen zur 4. Änderung des Bebauungsplans Nr. 223-1 "Schlachthof" im Teilbereich Amt 61	DS0509/22
6.11	Satzung zur 4. Änderung des Bebauungsplanes Nr. 223-1 "Schlachthof" im Teilbereich Amt 61	DS0510/22

6.11.1	Satzung zur 4. Änderung des Bebauungsplanes Nr. 223-1 "Schlachthof" im Teilbereich UwE	DS0510/22/1
6.12	Behandlung der Stellungnahmen (Abwägung) zur 5. Änderung des Bebauungsplans Nr. 223-1 "Schlachthof" im Teilbereich Amt 61	DS0513/22
6.13	Satzung zur 5. Änderung des Bebauungsplans Nr. 223-1 "Schlachthof" Amt 61	DS0514/22
6.14	Öffentliche Auslegung des Entwurfs zum vorhabenbezogenen Bebauungsplan Nr. 428-1.2 "Zum Bördepark" Amt 61	DS0542/22
6.15	Satzung über eine Veränderungssperre zum Bebauungsplan Nr. 233-1 "Große Münzstraße" Amt 61	DS0675/22
6.16	Satzung über eine Veränderungssperre zum Bebauungsplan Nr. 232-1 "Eingang nördliches Stadtzentrum - Hohepfortestraße" Amt 61	DS0676/22
6.17	Weiterführung des Verfahrens zum Bebauungsplan Nr. 238-3 "Westlich der Bahnhofstraße", Änderung des Geltungsbereichs und Anpassung der Planungsziele Amt 61	DS0684/22
6.18	Satzung über eine Veränderungssperre zum Bebauungsplan Nr. 238-3 "Westlich der Bahnhofstraße" Amt 61	DS0695/22
6.19	Behandlung der Stellungnahmen (Abwägung) zum Bebauungsplan Nr. 161-1 "Olvenstedter Scheid" Amt 61	DS0701/22
6.20	Satzung des Bebauungsplans Nr. 161-1 "Olvenstedter Scheid" Amt 61	DS0702/22
7	Anträge	
7.1	Baumschutzsatzung Fraktion GRÜNE/future!	A0028/22
7.1.1	Baumschutzsatzung FB 67	S0051/23
7.2	Raum-/Nutzungskonzept für das Logenhaus Fraktion DIE LINKE	A0093/22
7.2.1	Raum-/Nutzungskonzept für das Logenhaus FB 41	S0304/22

7.3	Bypasslösung für Salbker Seen Fraktion FDP/Tierschutzpartei	A0199/22
7.3.1	Bypasslösung für Salbker Seen UwE	A0199/22/1
7.3.2	Bypasslösung für Salbker Seen FB 67	S0417/22
7.4	Vorrangschaltung der Lichtsignalanlage für den Rettungsdienst am Klinikum Olvenstedt SPD-Stadtratsfraktion	A0253/22
7.4.1	Vorrangschaltung der Lichtsignalanlage für den Rettungsdienst am Klinikum Olvenstedt Amt 66	S0465/22
7.5	Markierung eines Fahrradweges Fraktion GRÜNE/future!	A0246/22
7.5.1	Markierung eines Fahrradweges Amt 61	S0456/22
7.6	Alte Elbe wieder nutzbar machen Fraktion Gartenpartei/Tierschutzallianz	A0188/22
7.6.1	Alte Elbe wieder nutzbar machen UwE	A0188/22/1
7.6.2	Alte Elbe wieder nutzbar machen FB 67	S0058/23
7.7	Klimaresiliente Schwammstadt Fraktion Gartenpartei/Tierschutzallianz	A0166/22
7.7.1	Klimaresiliente Schwammstadt FB 67	S0098/23
7.8	Zukunftsvision- Magdeburg Innenstadt am Fluss Fraktion Gartenpartei/Tierschutzallianz	A0232/22
7.8.1	Zukunftsvision- Magdeburg Innenstadt am Fluss Amt 61	S0081/23
7.9	Konzepterstellung Beleuchtung aller Straßen in der Landeshauptstadt Magdeburg Fraktion Gartenpartei/Tierschutzallianz	A0117/22
7.9.1	Konzepterstellung Beleuchtung aller Straßen in der Landeshauptstadt Magdeburg Amt 66	S0405/22
7.10	Städtebauliche Entwicklung von Supermarktstandorten in Magdeburg Fraktion Gartenpartei/Tierschutzallianz	A0227/22

7.10.1	Städtebauliche Entwicklung von Supermarktstandorten in Magdeburg Amt 61	S0436/22
7.11	Neubau/ Anbau für die IGS Regine Hildebrandt Fraktion Gartenpartei/Tierschutzallianz	A0218/22
7.11.1	Neubau/ Anbau für die IGS Regine Hildebrandt FB 40	S0441/22
7.12	Befestigung und Reparatur der Georg-Singer-Straße“ im Bereich ehemals „In den Meerwellen“ Fraktion Gartenpartei/Tierschutzallianz	A0250/22
7.12.1	Befestigung und Reparatur der Georg-Singer-Straße“ im Bereich ehemals „In den Meerwellen“ Amt 66	S0468/22
8	Informationen	
8.1	Unfallschwerpunkt Uniplatz Amt 66	I0013/23
8.2	Entwicklung von Segregation in der Landeshauptstadt Magdeburg Amt 61	I0041/23
8.3	Zwischeninformation zum Stand der Vorplanung Verkehrsanlage Schanzenweg/Hettstedter Straße (DS0365/19/28) Amt 61	I0002/23
8.4	Schnittstellenmaßnahme Beyendorf Amt 61	I0003/23
8.5	Verfahrensstand 36. Änderung des Flächennutzungsplans sowie des Bebauungsplans Nr. 242-2.1 "Hammersteinweg Ostseite" Amt 61	I0022/23
8.6	Erfahrungen und Auswirkungen des 9-Euro-Tickets Amt 61	I0037/23
9	Verschiedenes	
9.1	Grundschule Ottersleben - sicherer Schulweg	
9.2	Sachstand Friesenstraße (GWA- 28.03.2023)	
10	Sachstand Eisenbahnüberführung Ernst-Reuter-Allee Amt 66	

Anwesend:

Vorsitzende/r

Mirko Stage

Mitglieder des Gremiums

René Hempel

Madeleine Linke

Christian Mertens

Burkhard Moll

Frank Schuster

Vertreter

Dennis Jannack

Matthias Kleiser

Stefanie Middendorf

Jens Rösler

Geschäftsführung

Corina Nürnberg

Isabel Richter

Entschuldigt abwesend:

Mitglieder des Gremiums

Norman Belas

Dr. Falko Grube

Reinhard Stern

1. Eröffnung der Sitzung und Feststellung der Beschlussfähigkeit

Der **Vorsitzende Stadtrat Stage** begrüßt die Anwesenden. Er stellt die Beschlussfähigkeit des Ausschusses fest und eröffnet die Sitzung des Ausschuss für Stadtentwicklung, Bauen und Verkehr.

Der **Vorsitzende** weist darauf hin, dass nur stimmberechtigte Stadträte am Tisch Platz nehmen sollen.

2. Bestätigung der Tagesordnung

Der Top 7.2 sowie 7.2.1 sollen nach Rücksprache mit dem Antragsteller noch einmal vertagt und endgültig am 04.05.2023 im StBV beraten werden.

Der Antragstellende weist allerdings darauf hin, dass die Vertagung im Kulturausschuss nicht vom Ausschuss sondern von der Beigeordneten gewünscht war. Der Ausschuss hat den Antrag behandelt und hätte ihn gern abgestimmt. Die Beigeordnete bat um Vertagung.

Die TOP unter Sonstigem sollen auf den 13.04.2023 vertagt werden.

Alle TOP die in der heutigen Sitzung nicht behandelt werden sind automatisch auf die Zusatzsitzung am 13.04.2023 vertagt.

Abstimmung: 6-0-0 geändert beschlossen

3. Genehmigung der Niederschrift vom 02.03.2023

Abstimmung: 3-0-3

4. Einwohner*innenfragestunde

Bürger*innen (1 und 2) vom Familienmagazin „Ottokar“ zum Thema Schulwegsicherheit

Per WhatsApp und Mail wurde bei den Elternräten eine Umfrage zum Thema Schulwegsicherheit gestartet. 40 Negativrückmeldungen seien eingegangen. Stellvertretend wurden 10 Elternmeinungen mitgebracht und vorgestellt.

Der AG Schulwegsicherheit liegen die Aussagen der Elternvertreter zur Schulwegsicherheit vor. Auszüge der Elternmeinungen:

1. Wie wird die Schulwegsicherheit vorwiegend an Grundschulen überprüft?
2. Regulierung Ampelschaltung B1/Tessenowstraße: negative Antwort aus der Verwaltung;
3. Brennpunkt: Grundschule Ottersleben und Nachtweide, Straßenverkehrsbehörde bremst;

Der **Beigeordnete Herr Rehbaum** verweist hierzu auf die Dauerthematisierung innerhalb der Verwaltung in der letzten Zeit.

Das Thema Nachtweide werde priorisiert behandelt. Er geht auf das komplexe Thema sowie die Diskussion mit den Elternvertreterinnen im letzten Ausschuss ein. Neue Hol- und Bringezone werden von Eltern häufig mit dem Verweis der Entfernung zur Grundschule teilweise kritisch gesehen.

Die Antworten der Verwaltung wurden teilweise kritisch gesehen und sollen im StBV am 13.04.2023 erneut erörtert werden.

Die Thematik Hol- und Bringezone im Bereich Nachtweide sollte beispielhaft für andere Schulen getestet werden.

Ein umfassendes Planwerk von Schulstandorten mit Tempo 30, Zone 30 sowie Beschilderungen wurde von der Unteren Verkehrsbehörde erstellt und wird demnächst den politischen Raum erreichen.

Die **Bürgerin** geht auf die Situation der Fahrradweganbindung in der Nachtweide ein. Sie verweist auf die schlechte Situation zwischen Neustädter Bahnhof und Nachtweide. Nicht nur das Thema „Elterntaxi“ sollte betrachtet werden, stellt sie klar.

Der **Beigeordnete** verweist auf eine Betrachtung aller Themen. Er geht auf die Leit- und Sicherungsmaßnahmen sowie kurz- und langfristiger Umsetzungsmöglichkeiten ein.

Da die genannten Probleme nicht neu sind fragt die Bürgerin nach. Warum dauert das alles so lange. Die Gesetze sollten für die Bürger und nicht gegen die Bürger sein, argumentiert sie.

Der **Beigeordnete** verweist auf die vielen unterschiedlichen Akteure die mit eingebunden werden müssen (Kulturbereich, Baudezernat sowie Bürger*innen).

Er weist in Bezug auf die StVO darauf hin, dass auch hier nicht immer alle Nutzer und Verkehrsteilnehmer eine gleichmäßige Berücksichtigung finden.

Herr Gebhardt geht auf die Lichtsignalsteuerung am Knoten B1/Tessenowstraße ein. Er verweist auf die Steuerung unter Berücksichtigung der Richtlinien. Den Hinweis wird er mitnehmen und die Zeiten für Fußgänger*innen und Radfahrer*innen im rechtlichen Rahmen der StVO prüfen. Nachfolgendes Ergebnis wurde erstellt.

Auf Grund der erheblichen Belastung der B1 sowie der zur ÖPNV Beschleunigung nötigen Eingriffe ist, unter Berücksichtigung des angemeldeten Querungsbedarfes von max. 20..25 Fußgängern/Fußgängergruppen in den Spitzenstunden, eine zusätzliche Verlängerung der Grünzeit für die Fußgänger/Radfahrer nicht möglich. Eine automatische Verlängerung der Grünzeit findet in der Regel bereits bei paralleler Straßenbahn sowie freien Grünzeiten auf der B1 statt. Es ist zu beachten ,dass durch Sicherheitszeiten (bei typischer Fußgängergeschwindigkeit) die gefahrlose Überquerung der jeweiligen bei Grün betretenen/mit Rad befahrenen Fußgängerquerung gewährleistet wird (gilt nicht mehr für evtl. bereits auf Rot geschalteten Folgequerungen).

Vor Grundschulen können laut StVO Zebrastreifen von den Schüler*innen sicherheitstechnisch fehlinterpretiert werden. Deshalb werden vor Grundschulen in der Regel keine Zebrastreifen empfohlen und angeordnet.

Stadtrat Stage geht auf den Vor-Ort-Termin an der Ottersleber Grundschule ein. Die anwesende Polizei habe die Notwendigkeit eines Fußgängerüberweges erkannt, aber die Verwaltung sehe die Notwendigkeit nicht.

Den verteilten Brief würde er gern als Basis für das Schulwegsicherheitskonzept sehen.

Stadtrat Rösler findet die Umfrage und Zusammenfassung gut. Das problematische Zeitfenster für die Querung der Jerichower Straße kann er persönlich bestätigen.

Bürger 3 zum Thema zum Hammersteinweg Ostseite (bewaldete Fläche/Hügel)

Der **Beigeordnete** vertagt die Information 8.5 auf die Sitzung am 13.04.2023. Er verweist auf in Aussicht gestellte Gespräche mit der Oberbürgermeisterin.

Der **Bürger** geht auf den ortsprägenden bewaldeten Hügel im Kavalier Scharnhorst ein. Durch diverse Materialablagerungen/Aushub nehme hier der Bewuchs Schaden.

Er geht auf die geplante Bebauung von 3 Häusern ein und findet dafür eine Fläche von 1,3 ha zu roden nicht verhältnismäßig. Er fordert die Verwaltung auf die Baugenehmigung zurückzuziehen.

Er würde gern als „Almverein“ etwas für das sich in einem schlechten Zustand befindende Wäldchen beitragen.

Stadtrat Stage geht auf die vielen Vor-Ort-Begehungen sowie Thematisierungen im StBV ein. In Erscheinung sei seiner Kenntnis nach dieser Verein zum Thema bislang noch nicht getreten. Kompromisse wurden nach intensiver Auseinandersetzung mit dem Thema erarbeitet.

Der **Beigeordnete** stimmt den Ausführungen von **Stadtrat Stage** zu. Der Bebauungsplan habe das Stadium Vorentwurf.

Frau Schäferhenrich verweist auf fehlende Zuarbeiten von Seiten des Vorhabenträgers seit 2/2020.

Momentan läuft ein Verfahren/Verwaltungsakt zum Kavalier Scharnhorst, teilt der **Beigeordnete** dazu mit.

5. Anträge

5.1. Sperrung der Hallischen Straße und Instandsetzung Westringbrücke Vorlage: A0012/23

Die TOP 5.1 und 5.2 werden im Zusammenhang eingebracht und beraten.

Stadträtin Linke bringt den Antrag A0012/23 ein und führt zu dem noch verbliebenen Punkt 4 des Antrages aus.

- die Strecke während der Baumaßnahmen für Fuß- und Radverkehr in beiden Richtungen benutzbar bleibt.

Stadträtin Middendorf erläutert den A0035/23.

Herr Schulz (MVB) erläutert anhand einer Power-Point-Präsentation die MVB Maßnahmen und die Umleitungskonzepte. Er geht auf die Sperrung der Hallischen Straße für MIV und Straßenbahn ein. Des Weiteren erläutert er die zwingend vorübergehende Inbetriebnahme in den Sommerferien und verweist auf die Baumaßnahme Westringbrücke.

Er verweist auf eine gleichmäßige Verteilung der Lasten auf das gesamte Liniennetz bezüglich der Baumaßnahme Hallische Straße.

Er erläutert den erheblichen Umleitungsverkehr im gesamten Stadtgebiet und weist auf den damit verbunden Mehrbedarf/Mehrbelastung hin.

Abschließend bekräftigt er den Handlungszwang der MVB in Bezug auf die 6 Wochen Gleissanierung im Bereich Westringbrücke.

Stadtrat Schuster nimmt ab 17:00 Uhr an der Sitzung teil und **Stadträtin Middendorf** verlässt die Sitzung.

Stadtrat Mertens nimmt ebenfalls ab 17:00 Uhr an der Sitzung. Sein Vertreter **Stadtrat Kleiser** verlässt die Sitzung.

Stadtrat Stage fasst kurz zusammen. Als Knackpunkt sieht er die Erreichbarkeit des Klinikums Olvenstedt.

Die vorliegenden Anträge sind das Resultat, einer nicht frühzeitigen Einbeziehung des Stadtrats.

Herr Gebhardt erläutert die Baumaßnahmen der SWM/AGM im Bereich Hallische Straße (Trinkwasserleitung, Mischwasser-, Regenwasserkanal). Er geht auf die Sperranträge und die damit verbleibende Reststraßenbreite für Fußgänger sowie Fahrradfahrer ein.

Stadtrat Stage schlägt die Möglichkeit der Separierung von Fußgänger*innen und Fahrradfahrer*innen durch eine farbliche Kenntlichmachung vor.

Stadträtin Linke dankt der Verwaltung für die Möglichkeit auch Fahrradfahrer*innen während der Baumaßnahme Hallische Straße durchfahren zu dürfen. Besteht die Möglichkeit auch während der Sommerferien, fragt sie nach. Sie verweist auf die großen Umwege über Carl-Miller-Straße und Sternstraße. Alternativ schlägt sie für die 6 Wochen der Sommerferien „Protected Bike Lanes“ in Sternstraße anzuordnen vor.

Herr Gebhardt kann heute noch keine Lösung für die Sommerferien vorstellen. Er werde sich aber rechtzeitig diesem Thema annehmen.

Sofern eine Radfahrumleitung über die Sternstraße erforderlich wird, ist dort Tempo 30 beabsichtigt. Für einen geschützten Radstreifen werde eine Mindestbreite benötigt, die hier nicht gegeben sei.

Stadtrat Schuster verweist auf das Konfliktpotenzial im Bereich der Baumaßnahme der Polizei. Er fragt, ob die Absperrung vor der Polizei tatsächlich noch benötigt werde und bittet um Prüfung.

Auf alle Fälle müsse eine eindeutige Ausschilderung kommen. Auch Fahrradfahrer*innen müssen zur Vorsicht und Umsicht angehalten werden (z.B. Rechtsfahrgebot).

Herr Gebhardt greift den Hinweis hinsichtlich Polizeibaumaßnahme gerne auf. Die vorhandene Restbreite für den Fußgänger -und Radverkehr auf der Hallischen Straße lässt keine Markierung zur Trennung des Rad- und Fußverkehrs zu.

Stadtrat Hempel verweist auf die „Dauervariante“ Fahrradweg im Bereich City Carré. Er fragt warum eine temporäre Variante in der Hallischen Straße von 2,60 m nicht ausreiche, während am City Carré eine Breite von 1 m genügen muss.

Tempo 30 im Bereich Sternstraße könne er sich auch als eine dauerhafte Lösung vorstellen. Eine Verschiebung der Baumaßnahme bringt keinen Gewinn. Der desolate Zustand der Westringbrücke müsse zwingend in den Sommerferien behoben werden. Des Weiteren bittet er um eine punktweise Abstimmung.

Der **Vorsitzende** fasst zusammen, aus dem Antrag A0012/23 sind die Punkte 1 und 3 erledigt und der Punkt 2 vom Einbringer zurückgezogen. Somit steht noch der Punkt 4 sowie der Antrag 0035/23 zur Abstimmung.

Die Baumaßnahme werde die Stadt bis 2026 begleiten, so **Herr Schulz**.

Stadtrat Rösler verweist auf eine sehr schwierige Situation. Die Fahrradfahrer*innen können eigentlich nur absteigen und durch die Baustelle Hallische Straße schieben. Eine klare Trennung werde wohl eher nicht umsetzbar. Eine Trennung mit einer „gelben Linie“ sei für ihn vorstellbar zur optischen Trennung im Baustellenbereich.

Stadtrat Moll verweist auf einen chaotischen Zustand für Fahrradfahrer*innen auch schon ohne Baustelle. Eine punktuelle Verbesserung sollte erfolgen.

Bei der Baustelle der Polizei (Baustellenzaun) verweist er auf seine Nachfrage im letzten Ausschuss.

Stadtrat Mertens erläutert sein Abstimmungsverhalten und werde beidem zustimmen.

Abstimmung zum Antrag A0012/22: 7-0-0

5.1.1. Punkt 1-3

zurückgezogen

5.1.2. Punkt 4

Abstimmung: 7-0-0

5.2. Verkehrstrennung bei der Sperrung der Hallesche Straße Vorlage: A0035/23

Abstimmung zum Antrag A0035/23: 6-0-1

6. Beschlussvorlagen

6.1. Grundsatzbeschluss Gehwegsanierung Galileostraße Vorlage: DS0694/22

Herr Gebhardt geht auf den Änderungsantrag sowie die Planungen (Anl. 1 und 2) ein. Des Weiteren verweist er darauf, dass zur Tempo 30 Gebietsplanung ein Antrag erarbeitet sowie gestellt wurde. Diese Tempo 30 Gebietsplanung wurde in Richtung Westen um die Galileostraße erweitert und ist genehmigungsfähig. Eine Genehmigung werde zeitnah erteilt.

Stadträtin Linke hat eine Nachfrage zu Tempo 30 und verweist auf das angrenzende Tempo 30 Gebiet. Diese Zonen müssen angrenzend übergangslos an das bereits vorhandene Tempo 30 Gebiet erfolgen.

Der Antrag werde genehmigt und die Galileostraße werde in das Tempo 30 Gebiet integriert werden, teilt **Herr Gebhardt** dazu mit.

Stadtrat Schuster findet die jetzige Lösung gut, somit habe sich das Streiten gelohnt. Er hinterfragt die Tempo 30 Zone auch für die Eigenheimgebiete.

Stadtrat Mertens sieht die Tempe 30 Beschränkung anders. Abschließend hinterfragt er den vormals geplanten Grundstücksankauf von den angrenzenden Privateigentümern. Ein Grundstücksankauf werde von den privaten Grundstückseigentümern auf der Ostseite nicht mehr benötigt, teilt **Herr Gebhardt** mit.

Stadtrat Rösler begrüßt die Lösung. Die Planung sei aus seiner Sicht in Ordnung. Eine Maximierung des Grün wäre aus seiner Sicht wünschenswerter.

Mit dieser „Extrarunde“ werde nun eine gute Lösung aufgezeigt, die intensive Diskussionen haben sich also gelohnt, stellt **Stadtrat Hempel** fest. Die Beteiligungsformate der Stadt müssen allerdings überdacht und verändert werden.

Stadtrat Stage empfiehlt noch einmal der Verwaltung, Postleitzahlen für alle Beschlussvorlagen zu verwenden. Er verweist in diesem Zusammenhang auf bessere Recherchemöglichkeiten. Abschließend lobt er die Verwaltung, durch einen Änderungsantrag werden die Sachverhalte vergleichbarer und nachvollziehbarer.

Der **Beigeordnete** geht auf die vielen Bäume und deren Wurzeln auf der Nordseite ein. **Herr Gebhardt** verweist auf eine Integration der Bäume durch Wurzelbrücken.

Abstimmung zur DS0694/22: 7-0-0 geändert empfohlen

6.1.1. Grundsatzbeschluss Gehwegsanierung Galileostraße
Vorlage: DS0694/22/1

Abstimmung zum Änderungsantrag DS0694/22/1: 6-0-1

6.2. Neufassung Baumschutzsatzung
Vorlage: DS0066/23

Die **Stadträte** sprechen sich für eine geänderte Beratungsfolge aus und stellen den Geschäftsordnungsantrag auf vertagen.

Abstimmung zum GO-Antrag: 7-0-0 vertagt

vertagt

6.3. Aufstellung und öffentliche Auslegung des Entwurfs der 1.
Änderung des einfachen Bebauungsplans Nr. 157-1 "Neustädter
See"
Vorlage: DS0710/22

Die TOP 6.3 – 6.7 werden im Zusammenhang von **Frau Schäferhenrich** eingebracht. Sie beinhalten alle ausschließlich Festsetzungen zur Steuerung des zentrenrelevanten Einzelhandels und dienen dem Schutz der verbrauchernahen Versorgung. Sie verweist auf die vom Stadtrat beschlossene Fortschreibung des „Magdeburger Märktekonzeptes“ als Handlungsgrundlage für die weiteren Planungen. Die darin enthaltende Zuordnung von zentrenrelevanten bzw. nicht zentrenrelevanten Sortimenten ist insofern in die Bebauungspläne zur Zulässigkeit von Einzelhandelsbetrieben aufzunehmen.

Es gab keine Nachfragen von Seiten der **Stadträte**.

Abstimmung zur DS0710/22: 7-0-0

- 6.4. 1. Änderung und öffentliche Auslegung des Entwurfs des einfachen Bebauungsplans Nr. 136-2 "Kastanienstraße Nordseite"
Vorlage: DS0039/23
-

Abstimmung zur DS0039/23: 7-0-0

- 6.5. 1. Änderung und öffentliche Auslegung des Entwurfs des einfachen Bebauungsplans Nr. 137-1 "Hundisburger Straße"
Vorlage: DS0040/23
-

Abstimmung zur DS0040/23: 7-0-0

- 6.6. Öffentliche Auslegung des Entwurfs des einfachen Bebauungsplans Nr. 201-1 "Nördlich Olvenstedter Platz/Albert-Vater-Straße"
Vorlage: DS0022/23
-

Abstimmung zur DS0022/23: 7-0-0

- 6.7. Öffentliche Auslegung des 2. Entwurfs des einfachen Bebauungsplans Nr. 315-3 "Große Diesdorfer Straße/Liebknechtstraße"
Vorlage: DS0023/23
-

Abstimmung zur DS0023/23: 7-0-0

- 6.8. Behandlung der Stellungnahmen (Zwischenabwägung) zum 1. Entwurf des Bebauungsplans Nr. 303-1 "Am Schroteanger 72-76/Steinbergstraße"
Vorlage: DS0471/22
-

Der **Beigeordnete** verweist auf eine Kompromissvariante die sich mittlerweile abzeichne und die in der Verwaltung nachbesprochen wurde.

Frau Schäferhenrich geht auf die Bürgerveranstaltung mit den Betroffenen ein. Anhand eines Planes erläutert sie, für welche Grundstücke sich die Eigentümer eine Festsetzung als Bauland wünschen und welche langfristig Gartenland bleiben sollen.

Des Weiteren geht sie auf die Planungen der Wegeverbindung für Fuß- und Radweg ein. Sie erläutert die Situation sowie mögliche Verschiebung des Wendehammers unter Einbeziehung der Anwohner außerhalb des Bebauungsplangebiet.

Der **Beigeordnete** ergänzt und verweist auf den noch nicht abschließend geklärten Status des Fuß- und Radweges (öffentlich/nichtöffentlich).

Die Bürger*innen stellen die Erforderlichkeit des B-Plans infrage.

Stadtrat Stage verweist auf den vorliegenden Mail – Verkehr.

Aus Sicht von **Stadtrat Schuster** sieht das vorgestellte nach einer Zwischeninformation aus und bedarf eines Änderungsantrages.

Stadträtin Linke findet die Situation mit dem Wendehammer unglücklich und verweist auf viele spielende Kinder in diesem Bereich. Hierzu wäre die Bürger*innenmeinung interessant.

Stadtrat Moll findet das Entgegenkommen den Bürger*innen gegenüber gut. Der Fuß- und Radweg sollte öffentlich zugänglich sein.

Den Beschlussvorlagen könne er ohne Einarbeitung der Änderungen nicht zustimmen.

Der **Beigeordnete** sieht hier eine 1. Lesung. Das Meinungsbild des StBV werde in den Änderungsantrag einfließen.

Stadtrat Rösler äußert sich über die Kompromisslösung dankbar. Er könne sich mit dem Vorschlag der Verwaltung anfreunden.

Stadtrat Mertens geht auf die neue Variante des Wendehammers ein und hinterfragt die Eigentumsverhältnisse.

Frau Schäferhenrich verweist darauf, dass sich alle Flächen, die im Kompromissvorschlag als Verkehrsflächen vorgesehen sind, im Eigentum der Stadt befinden bzw. das Vorkaufsrecht bereits ausgeübt wurde.

Alle im Geltungsbereich des Bebauungsplangebietes betroffenen wurden zur Bürgerversammlung eingeladen.

Rederecht für Anwohner*innen.

Anwesende Anwohner widersprechen der Aussage das alle Betroffenen eingeladen wurden.

Frau Schäferhenrich werde den Sachverhalt (Einladung) überprüfen lassen.

Nachrichtlich:

Alle im Plangebiet Betroffenen wurden eingeladen. Einen Postrücklauf (unzustellbar o.ä.) gab es nicht.

Die Anwohner*innen verweisen auf mittlerweile geänderte Eigentumsverhältnisse im Plangebiet.

Frau Schäferhenrich verweist auf Bauwillige und geht darauf ein. Eine privatrechtliche Lösung sei nicht möglich, das Wegeflurstück befindet sich im Eigentum der Stadt.

Die Verwaltung hat einen Bebauungsplan aufzustellen, wenn eine „öffentliche“ Erschließung nicht gesichert sei. Das Baurecht sei durch die öffentliche Hand zu schaffen. Aus diesem Grund könne auf ein Bebauungsplanverfahren nicht verzichtet werden.

Im Weiteren sei die Durchwegung zu klären (Stadt der kurzen Wege).

Ein weiteres großes problematisches Thema sei die Befahrung der Stichstraßen durch die Entsorgungsfahrzeuge.

Aus Sicht von **Stadtrat Hempel** braucht es keinen Bebauungsplan dort, aber im Zuge von Baugenehmigungsverfahren muss die Verwaltung handeln. Er spricht sich gegen die Beschlussvorlagen aus.

Stadtrat Mertens hinterfragt die Probleme bei einer privatrechtlichen Lösung. Wieso scheidet diese aus Sicht der Verwaltung aus?

Schlimm wäre es auch für das Verfahren sollten nicht alle Betroffenen im Bebauungsplangebiet eine Einladung zur Bürgerveranstaltung erhalten haben, stellt er fest.

Frau Schäferhenrich verweist darauf, dass es sich bei dem Wegeflurstück um ein fiskalisches Flurstück der Stadt handelt. Die Frage, ob hier eine öffentliche oder private Straße entstehen soll, ist im Planverfahren zu klären, im Übrigen besteht Baurecht nach § 34 BauGB.

Stadtrat Rösler unterstreicht das Thema Durchwegung. In diesem Zusammenhang fragt er wann die Steinbergstraße West saniert werde.

Er spricht sich generell für öffentliche Durchwegungen im Stadtgebiet aus, aber ob es das Bebauungsplanverfahren hier brauche sei aus seiner Sicht fraglich. Er werde sich enthalten.

Der **Beigeordnete** geht noch einmal auf die Situation vor Ort ein und verweist auf die vorhandene Bebauung sowie die Absicht zur Bebauung. Die Verwaltung hänge nicht am Bebauungsplanverfahren. Er schlägt vor, dies heute als eine 1. Lesung zu betrachten und empfiehlt eine Vertagung.

Der **Vorsitzende** stellt den GO-Antrag zur Vertagung.

Abstimmung: 2-5-0 gegen eine weitere Vertagung

Der **Vorsitzende** lässt über die Beschlussvorlagen zum Bebauungsplan Nr. 303-1 abstimmen.

Abstimmung zur DS0471/22: 0-6-1 nicht empfohlen

6.9. Öffentliche Auslegung des 2. Entwurfs des Bebauungsplans Nr. 303-1 "Am Schroteanger 72-76/Steinbergstraße"
Vorlage: DS0472/22

Abstimmung zur DS0472/22: 0-6-1 nicht empfohlen

6.10. Behandlung der Stellungnahmen zur 4. Änderung des Bebauungsplans Nr. 223-1 "Schlachthof" im Teilbereich
Vorlage: DS0509/22

Die TOP 6.9 – 6.13 werden zusammen eingebracht.

Frau Bruhn bringt die Beschlussvorlagen ein.

Stadtrat Hempel hinterfragt die Anwendung der Baumschutzsatzung.

Frau Bruhn verweist auf das noch ausstehende Satzungsrecht dazu.

Stadtrat Rösler verweist auf die größtenteils freien Flächen im Gebiet. Er kritisiert die zu geringe Gebäudehöhen, diese seien für Stadtfeld zu schwach. Er wünscht sich eine höhere Bebauung.

Stadtrat Hempel hatte dieses auch schon festgestellt.

Die **Stadträte** sprechen sich für Änderungsanträge hinsichtlich der Gebäudehöhen zu den beiden Satzungen zum Bebauungsplan „Schlachthof“ aus.

Stadtrat Moll geht auf den Änderungsantrag aus dem UwE ein. Pflegeschnitte müssten auf jeden Fall erfolgen.

Abstimmung zur DS0509/22: 7-0-0

- 6.11. Satzung zur 4. Änderung des Bebauungsplanes Nr. 223-1
"Schlachthof" im Teilbereich
Vorlage: DS0510/22
-

Änderungsantrag:

*Der Ausschuss für Stadtentwicklung, Bauen und Verkehr empfiehlt dem Stadtrat:
Die zulässige Geschosshöhe im Bebauungsplan wird wie folgt geändert:*

WA1: III - IV
WA2: IV - VI

Abstimmung: 6-0-1

Abstimmung zur DS0510/22: 7-0-0 empfohlen mit Änderungsantrag

- 6.11.1. Satzung zur 4. Änderung des Bebauungsplanes Nr. 223-1
"Schlachthof" im Teilbereich
Vorlage: DS0510/22/1
-

Abstimmung zur DS0510/22/1: 6-0-1

- 6.12. Behandlung der Stellungnahmen (Abwägung) zur 5. Änderung
des Bebauungsplans Nr. 223-1 "Schlachthof" im Teilbereich
Vorlage: DS0513/22
-

Abstimmung zur DS0513/22: 7-0-0

- 6.13. Satzung zur 5. Änderung des Bebauungsplans Nr. 223-1
"Schlachthof"
Vorlage: DS0514/22
-

Änderungsantrag:

*Der Ausschuss für Stadtentwicklung, Bauen und Verkehr empfiehlt dem Stadtrat:
Die zulässige Geschosshöhe im Bebauungsplan wird wie folgt geändert:*

WA: IV - VI

Abstimmung: 6-1-0

Abstimmung zur DS0514/22: 7-0-0 empfohlen mit Änderungsantrag

- 6.14. Öffentliche Auslegung des Entwurfs zum vorhabenbezogenen
Bebauungsplan Nr. 428-1.2 "Zum Bördepark"
Vorlage: DS0542/22
-

Frau Schäferhenrich erläutert die Beschlussvorlage. Auf Antrag des Vorhabenträgers soll Baurecht für ein Möbelmarkt geschaffen werden. Der neu geplante Markt soll das bestehende Möbelhaus im Osten des Plangebietes ergänzen und das Warensortiment „Möbel“ um ein Niedrigpreissegment erweitern.

Stadtrat Stage werde der Beschlussvorlage nicht zustimmen und verweist auf die Konzentration von Handelseinrichtungen in einem Gebiet. Der Standort Rothensee werde damit verschwinden.

Stadtrat Schuster kann sich dem nicht anschließen. Ohne einen besseren Standort werde der Möbelmarkt (Rothensee) über kurz oder lang für die Stadt Magdeburg ganz verloren gehen. Abschließend hinterfragt er die Anzahl der Einstellplätze.

Für **Stadtrat Hempel** sind die Flächen für die 150 Ersatzbäume zu weit entfernt vom Standort der Baumaßnahme bzw. noch zu unklar. Er wünscht sich die Ersatzpflanzungen näher am Eingriffsort.

Stadträtin Linke steht einer Vergrößerung des Bördeparkes ebenfalls skeptisch gegenüber. Sie befürchtet das damit die Radwegeverbindung Alt Benneckenbeck nicht mehr möglich werde.

Stadtrat Rösler hinterfragt die Zukunft des Altstandortes in Rothensee und geht auf die Ausgleichsflächen ein. Ausgleichsmaßnahmen an „Sowieso“- Standorten findet er nicht gut. Auf dem Gesamtgelände Bördepark könne zulasten von Einstellplätzen Baumpflanzungen als Ausgleichpflanzungen erfolgen, schlägt er vor.

Stadtrat Moll spricht sich gegen die Beschlussvorlage aus. Der Standort Rothensee sollte stattdessen attraktiver gestaltet werden.

Stadtrat Mertens verweist auf die teilweise ungenutzten Parkplatzflächen. Eine Verteilung der Ersatzpflanzungen auf dem gesamt Areal Bördepark sollte einmal klar geklärt werden. Betriebswirtschaftliche Gedanken haben seiner Meinung nach zu dem Umzug bewogen. Der Standort Rothensee werde nicht mehr als rentabel gesehen. Er werde sich wegen 1 - 2 Punkten enthalten.

Der **Beigeordnete** geht auf die Sonderlagen Florapark und Bördepark ein und verweist auf das Flächenpotenzial. Die Sonderlage hier wäre der zu erwartende Synergieeffekt zwischen Porta Möbel und Möbel Boss.

Der Standort Rothensee werde als fraglich eingestuft.

Abstimmung zur DS0542/22: 1-5-1 nicht empfohlen

- 6.15. Satzung über eine Veränderungssperre zum Bebauungsplan Nr. 233-1 "Große Münzstraße"
Vorlage: DS0675/22
-

Frau Bruhn bringt die Beschlussvorlage zur Veränderungssperre ein. Durch die Veränderungssperre soll eine geordnete städtebauliche Entwicklung in dem Gebiet gesichert werden.

Abstimmung zur DS0675/22: 7-0-0

- 6.16. Satzung über eine Veränderungssperre zum Bebauungsplan Nr. 232-1 "Eingang nördliches Stadtzentrum - Hohefortestraße"
Vorlage: DS0676/22
-

Frau Bruhn erläutert die Veränderungssperre zum Bebauungsplan. Der Bebauungsplan besitzt keine Planreife. Im Zuge der Vorbereitung einer baulichen Nutzung der Grundstücke gilt es, neben der Verfolgung der Ziele des Rahmenplans Innenstadt städtebauliche Missstände zu korrigieren.

Die Durchführung des Bebauungsplans könne durch potenzielle Baugesuch unmöglich gemacht bzw. erschwert werden, daher ist eine Veränderungssperre erforderlich.

Abstimmung zur DS0676/22: 7-0-0

- 6.17. Weiterführung des Verfahrens zum Bebauungsplan Nr. 238-3 "Westlich der Bahnhofstraße", Änderung des Geltungsbereichs und Anpassung der Planungsziele
Vorlage: DS0684/22
-

Frau Schäferhenrich erläutert die Beschlussvorlage. Mit dem Bauleitplanverfahren sollen die Ziele des Rahmenplans Innenstadt konkretisiert, fortentwickelt und unter Berücksichtigung der öffentlichen und privaten Belange planungsrechtlich gesichert werden.

Der **Beigeordnete** verweist auf Gesprächstermine mit der Deutschen Bahn sowie der NASA.

Abstimmung zur DS0684/22: 7-0-0

- 6.18. Satzung über eine Veränderungssperre zum Bebauungsplan Nr. 238-3 "Westlich der Bahnhofstraße"
Vorlage: DS0695/22
-

Frau Schäferhenrich erläutert die Veränderungssperre. Zur Sicherung der Planungsziele des sich in Aufstellung befindlichen Bebauungsplans soll eine Veränderungssperre beschlossen werden. Für Grundstücke im Geltungsbereich des Bebauungsplans wurden bereits durch Bauvoranfragen/Vermarktungsmöglichkeiten abgefragt.

Bei den Anfragen handelt es sich um Vorhaben, die den Zielen des Aufstellungsbeschlusses entgegenstehen könnten.

Abstimmung zur DS0695/22: 7-0-0

- 6.19. Behandlung der Stellungnahmen (Abwägung) zum
Bebauungsplan Nr. 161-1 "Olvenstedter Scheid"
Vorlage: DS0701/22
-

Frau Schäferhenrich bringt die beiden TOP zum Bebauungsplan „Olvenstedter Scheid“ zusammenhängend ein. Planungsziel ist die Schaffung der planungsrechtlichen Voraussetzungen für die Umstrukturierung des Nahversorgungsbereichs und den Ersatzneubau eines vor Ort ansässigen Lebensmittelmarktes.

Stadtrat Moll begrüßt das Vorhaben, ist aber enttäuscht über die lange Laufzeit des Verfahrens.

Stadtrat Stage findet die Planung generell gut, aber die Konzentration der SB-Märkte werde für den Standort Holzweg problematische Auswirkungen haben. Hier werde Kaufkraft vom NP-Markt am Holzweg abgezogen. Er werde sich enthalten.

Stadtrat Hempel sieht dieses als ein generelles Dilemma. Die Attraktivität liegt aber auch in den neuen besseren Angeboten. Märkte die sich nicht verändern, verlieren Kundschaft.

Stadtrat Rösler verweist auf das bereits vorhandene Gefälle zwischen dem NP-Markt am Holzweg sowie anderen Bereichen. Das vorliegende Konzept hat sich gut positiv entwickelt. Kritik übt er an der Gebäudehöhe, hier wäre eine höhere Bebauung wünschenswert.

Stadtrat Mertens werde dem Bebauungsplanverfahren ebenfalls zustimmen.

Abstimmung zur DS0701/22: 5-0-2

- 6.20. Satzung des Bebauungsplans Nr. 161-1 "Olvenstedter Scheid"
Vorlage: DS0702/22
-

Abstimmung zur DS0702/22: 5-0-2

7. Anträge
-

- 7.1. Baumschutzsatzung
Vorlage: A0028/22
-

vertagt

7.1.1. Baumschutzsatzung
Vorlage: S0051/23

vertagt

7.2. Raum-/Nutzungskonzept für das Logenhaus
Vorlage: A0093/22

vertagt

7.2.1. Raum-/Nutzungskonzept für das Logenhaus
Vorlage: S0304/22

vertagt

7.3. Bypasslösung für Salbker Seen
Vorlage: A0199/22

Stadtrat Moll geht auf den Antrag sowie dem Änderungsantrag ein.

Stadtrat Hempel zweifelt an, dass ein einfacher Zufluss von Frischwasser aus der Elbe etwas bringen werde. Dieses wäre nur mit einem ausreichend hohen Wasserstand in der Elbe gesichert. Er gibt zu bedenken, was mit dem Salbker See passieren könne bei einem noch niedrigen Wasserstand der Elbe gegenüber. Könne ein leerlaufen des Salbker See passieren? Des Weiteren verweist er auf die hochsommerlichen Episoden und den daraus folgenden Sauerstoffmangel im Salbker See und den damit verbundenem Fischsterben. Der Antrag sei gut, die momentanen Lösungsansätze (Pumpenbetrieb/Kosten) nicht wirklich.

Stadtrat Moll sieht eine Gefahr des leerlaufens nicht gegeben und verweist auf den Vortag.

Stadtrat Hempel geht auf den Vortrag ein und aus seiner Sicht werden Pumpen erforderlich.

Der **Beigeordnete** geht auf Lösungen ohne technische Unterstützung ein und er verweist auf die Möglichkeit der Regulierung mittels eines Wehr.

Ein anderes Thema müsse aber vorrangiger geklärt werden. In welche Richtung soll die Entwicklung des Gebietes gehen? Naherholungsgebiet oder naturnahes Gebiet.

Stadtrat Rösler geht auf das Wasser welches Zurzeit aus dem Winterhochwasser in den Salbker See einläuft ein.

Eine große Lösung verbindet er auch mit einer Wiederauferstehung der Badeanstalt. Dies wäre aber eine große und sehr teure Lösung. Die Entwicklung zu einem Feuchtbiotop eine andere Möglichkeit. Der Salbker See I werde in diesem Zusammenhang verlanden. Die vorgeschlagene Bypasslösung sieht er nicht Zielführend und er werde sich enthalten.

Stadtrat Hempel fragt, an wie viel Tagen im letzten Sommer wäre es möglich gewesen überhaupt Wasser aus der Elbe in den Salbker See Wasser einfließen zu lassen. Er weist auf die Niedrigwassersituation der Elbe in den letzten Jahren hin.

Der **Beigeordnete** lässt den Sachverhalt prüfen.

Stadtrat Schuster verweist auf die vielen in den letzten Jahren eingegangenen Bäume in dem Gebiet. Fast alle Bäume seien mittlerweile abgängig. Von diesen gehe eine große Gefährdung aus. Eine Betrachtung des Gesamtareal müsse erfolgen.

Die Betrachtung könne nur für beide Seen erfolgen, so **Stadtrat Moll** und verweist auf den Änderungsantrag.

Abstimmung zum Antrag A0199/22: 1-3-3 nicht empfohlen

7.3.1. Bypasslösung für Salbker Seen
Vorlage: A0199/22/1

Abstimmung zum Antrag A0199/22/2: 3-3-1 nicht empfohlen

7.3.2. Bypasslösung für Salbker Seen
Vorlage: S0417/22

Die Stellungnahme wird zur Kenntnis genommen.

7.4. Vorrangschaltung der Lichtsignalanlage für den Rettungsdienst
am Klinikum Olvenstedt
Vorlage: A0253/22

vertagt

7.4.1. Vorrangschaltung der Lichtsignalanlage für den Rettungsdienst
am Klinikum Olvenstedt
Vorlage: S0465/22

vertagt

7.5. Markierung eines Fahrradweges
Vorlage: A0246/22

vertagt

7.5.1. Markierung eines Fahrradweges
Vorlage: S0456/22

vertagt

7.6. Alte Elbe wieder nutzbar machen
Vorlage: A0188/22

vertagt

7.6.1. Alte Elbe wieder nutzbar machen
Vorlage: A0188/22/1

vertagt

7.6.2. Alte Elbe wieder nutzbar machen
Vorlage: S0058/23

vertagt

7.7. Klimaresiliente Schwammstadt
Vorlage: A0166/22

vertagt

7.7.1. Klimaresiliente Schwammstadt
Vorlage: S0098/23

vertagt

7.8. Zukunftsvision- Magdeburg Innenstadt am Fluss
Vorlage: A0232/22

vertagt

7.8.1. Zukunftsvision- Magdeburg Innenstadt am Fluss
Vorlage: S0081/23

vertagt

7.9. Konzepterstellung Beleuchtung aller Straßen in der
Landeshauptstadt Magdeburg
Vorlage: A0117/22

vertagt

7.9.1. Konzepterstellung Beleuchtung aller Straßen in der
Landeshauptstadt Magdeburg
Vorlage: S0405/22

vertagt

7.10. Städtebauliche Entwicklung von Supermarktstandorten in
Magdeburg
Vorlage: A0227/22

vertagt

7.10.1. Städtebauliche Entwicklung von Supermarktstandorten in
Magdeburg
Vorlage: S0436/22

vertagt

7.11. Neubau/ Anbau für die IGS Regine Hildebrandt
Vorlage: A0218/22

vertagt

7.11.1. Neubau/ Anbau für die IGS Regine Hildebrandt
Vorlage: S0441/22

vertagt

- 7.12. Befestigung und Reparatur der Georg-Singer-Straße“ im Bereich
ehemals „In den Meerwellen“
Vorlage: A0250/22
-

vertagt

- 7.12.1. Befestigung und Reparatur der Georg-Singer-Straße“ im Bereich
ehemals „In den Meerwellen“
Vorlage: S0468/22
-

vertagt

8. Informationen
-

- 8.1. Unfallschwerpunkt Uniplatz
Vorlage: I0013/23
-

vertagt

- 8.2. Entwicklung von Segregation in der Landeshauptstadt
Magdeburg
Vorlage: I0041/23
-

vertagt

- 8.3. Zwischeninformation zum Stand der Vorplanung Verkehrsanlage
Schanzenweg/Hettstedter Straße (DS0365/19/28)
Vorlage: I0002/23
-

vertagt

- 8.4. Schnittstellenmaßnahme Beyendorf
Vorlage: I0003/23
-

vertagt

- 8.5. Verfahrensstand 36. Änderung des Flächennutzungsplans sowie
des Bebauungsplans Nr. 242-2.1 "Hammersteinweg Ostseite"
Vorlage: I0022/23
-

vertagt

- 8.6. Erfahrungen und Auswirkungen des 9-Euro-Tickets
Vorlage: I0037/23
-

vertagt

9. Verschiedenes
-

Stadtrat Hempel verlässt um 19:00 Uhr die Sitzung. **Stadtrat Jannack** nimmt als Stellvertreter an der Sitzung teil.

Stadtrat Stage geht auf das Thema Werberechte ein. Anders als zugesichert gibt es laut Dez IV für die freie Kultur keine Werbeflächen zur Nutzung. Kontingente stehen für die freie Kulturszene nicht mehr zur Verfügung. Er verweist u.a. auf Kultureinrichtungen wie Moritzhof, Forum Gestaltung, CSD, Kulturwache Buckau,...die davon betroffen seien. Stattdessen bestehe die Möglichkeit von Litfaßsäulenwerbung für ca. 1100,-€.

Der **Beigeordnete** werde dazu Rücksprache mit dem FB 67 führen.
Bezüglich der Nutzung von Werbeflächen für die frei Kulturszene ist der Bereich Kultur im Dez V zuständig. Hier wird sich dem Sachverhalt intensiv angenommen werden müssen. Seitens FB 67 erfolgte Zwischenzeitlich eine Zuarbeit an das Kulturbüro.

Stadtrat Stage äußert sich enttäuschend über BMVG IV sowie BG VI über die die jetzige Situation. Ein Gespräch mit Betroffenen aus der Kultur sollte zeitnah gesucht werden um Lösungswege für die Betroffenen aufzuzeigen.

Stadträtin Linke geht auf die Machbarkeitsstudie vom Land zu Intel ein. Erste Eckpunkte liegen ihr vor. Sie hinterfragt folgende Punkte:

- kein Bahnanschluss im 2 Kilometerradius um Intel;
- S-Bahnanschluss Sülzetal;
- 25% Pendler mit Umweltverbund;

Der **Beigeordnete** kann dies bestätigen, verweist aber auf die Zuständigkeit des Dez III. S-Bahnnetz soll mit einem Haltepunkt Osterweddingen qualifiziert werden.

Frau Schäferhenrich geht auf die Zweckvereinbarung mit dem Sülzetal ein, das Stadtplanungsamt erarbeitet für die Gemeinde Sülzetal die B-Plan-Unterlagen für den Supplier-

Park, in dem ein Anschlussgleis vorgesehen ist. Die Gesamtplanung könne dem StBV gesondert vorgestellt werden.

Für **Stadträtin Linke** sind Informationen zur verkehrlichen Entwicklung in Bezug auf Intel sehr wichtig.

Der **Beigeordnete** verweist auf die Machbarkeitsstudie zur Straßenbahnverlängerung Ottersleben. Die MVB plant die Machbarkeitsstudie in der OB-DB am 11.04.2023 vorzustellen.

Stadtrat Jannack hinterfragt die Schließung des Neustadt-Laden.

Stadtrat Moll geht auf die Vorstellung der Friesenstraße im Rahmen der GWA ein. Dort wurde ein Quartiersparkhaus im Bereich Draisweg vorgeschlagen, hierdurch würde ermöglicht, in der Friesenstraße mehr Bäume zu pflanzen. Eine Untersuchung hierzu soll vorgelegt werden.

Stadtrat Rösler erkundigt sich nach einer möglichen Ertüchtigung der Steinbergstraße Westseite.

Herr Gebhardt verweist auf eine damalige Ablehnung eines Straßenausbaues durch die Anlieger in den 90- er Jahren. sowie der sehr geringen Verkehrsbedeutung. Der Straßenausbau Steinbergstraße wurde dadurch im hinteren Bereich der Prioritätenliste eingeordnet.

9.1. Grundschule Ottersleben - sicherer Schulweg

9.2. Sachstand Friesenstraße (GWA- 28.03.2023)

Der **Beigeordnete** kündigt hierzu eine Beschlussvorlage an.

10. Sachstand Eisenbahnüberführung Ernst-Reuter-Allee

Die Niederschrift erhält ihre endgültige Fassung mit Bestätigung in der darauffolgenden Sitzung.

Mirko Stage
Vorsitzender

Corina Nürnberg Isabel Richter
Schriftführerin